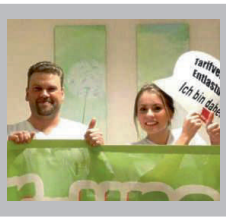
Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 30 - 2017

Solidarität: Viel besungen, immer schwierig
Seite 9



Gesundheit braucht Personal
Seite 14

Frieden: Zwei Aktivisten im Interview
Seite 22

RENTE

MUSS REICHEN

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

in Händen haltet ihr die 30. Ausgabe unserer WIR. Mit 36 Seiten ist sie eine der umfangreichsten, mit einer Auflage von 1.400 die auflagenstärkste in über 14 Jahren – darauf sind wir auch ein wenig stolz. Die Palette der Artikel ist breit: Natürlich haben wir zum 1. Mai die Rentenkampagne des DGB als Titel und zum Inhalt. Und selbstverständlich schreiben wir zu dem Grundproblem der Welt, dem Unterschied zwischen Arm und Reich. Wie wir diesen überwinden können, beschreibt Traudel in ihrem Artikel über Solidarität.

Im Inhaltsverzeichnis auf dieser Seite könnt ihr die anderen Themen sehen. Besonders hinweisen möchten wir auf den Wechsel in der Geschäftsführung von Arbeit und Leben – der Organisation, die die Herausgabe der WIR seit 2004 garantiert. Und auf unseren ersten plattdeutschen Artikel, dem weitere folgen sollen.

Aufmerksam machen wollen wir auch auf die Demonstrationen am 1. Mai in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven, auf die Anti-G20-Demo am 7. Juli in Hamburg und die Veranstaltung zur Reichtumsverteilung am 7. August im DGB-Haus in Bremen. Vielleicht sehen wir uns dort?

Wir freuen uns darüber, dass ihr die WIR lest, denn ohne Leser/innen ist jede Zeitung ohne Sinn. Und wir freuen uns über jede Reaktion von euch, sei es per Post oder E-Mail. Und freuen würden wir uns über jede Verstärkung unseres kleinen, aber sympathischen Teams.

Die Redaktion wünscht euch viel Freude mit der WIR Nr. 30 ...

Inhalt

Die gesetzliche Rente stärken 3
Betriebsrenten ausbauen - eine gute Idee ... oder? 4
8 Männer gegen 3.700.000.000 6
Veranstaltung: Armut in einem reichen Land..... 8
Solidarität: Viel besungen, aber schwierig 9
Die Samurais der Festanstellung 13
Gesundheit braucht Personal 14
Kein Schwein gehabt – Der Bremer Schlachthof (Teil 2) 16
30 Jahre Seniorenstammtisch der NGG 20
Bericht vom Bremer Genossenschaftstag 21
Friedensbewegung heute - ein Interview 22
Fluchtursachen 27
Demonstrationsaufruf: Grenzenlose Solidarität statt G20..... 29
Gottlof gifft dat noch Flüchtlingsfrünnen 30
Arbeit und Leben: Staffelstab wird übergeben..... 31
Termine, Leserbriefe, Impressum und eine Korrektur..... 34/35

Die gesetzliche Rente stärken

Vor dem Hintergrund der drohenden Altersarmut hat der DGB im Bundestagswahljahr 2017 eine Kampagne zur Stärkung der gesetzlichen Rente ins Leben gerufen.

Nach Berechnungen des europäischen Statistikamts Eurostat ist in Deutschland inzwischen jede/r Fünfte im Alter von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Damit hat sich die Anzahl der Betroffenen in den letzten sieben Jahren um knapp eine Million auf insgesamt 5.700.000 Menschen erhöht!

Der Grund für die Entwicklung ist die von der Politik im Rahmen der „Agenda 2010“ beschlossene Senkung des Rentenniveaus. Lag es im Jahr 2000 noch bei 53 %, sind es heute nur noch knapp 48 %. Im Jahr 2030 werden dann nur noch 43 % erwartet ... Konkret: Ein Beschäftigter würde dann nach 40 Arbeitsjahren und einem Monatslohn von 1943 € eine Rente von monatlich 677 € erhalten. Vor dieser Renten“reform“ wären es noch 832 € gewesen.

Um dieser katastrophalen Entwicklung entgegen zu wirken, fordert der DGB die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Erhöhung auf über 50 %. Dass das möglich und finanzierbar ist, rechnet der DGB vor: Indem zum Beispiel alle versicherungsfremden Leistungen und Leistungen, die nicht von Rentenbeiträgen gedeckt sind, auch nicht aus Rentenbeiträgen finanziert werden. Zum Beispiel müsste die Mütterrente aus Steuermitteln bezahlt werden.

Rente darf kein Almosen sein.

Damit es nach der Bundestagswahl zu einem Kurswechsel kommen kann, werden wir zur Wahl gehen müssen und unser Kreuz an die richtige Stelle setzen. Überprüfen wir die Parteien und deren Aussagen zur gesetzlichen Rente. Sprechen wir mit Freunden und Kollegen, beteiligen wir uns in den Netzwerken. Argumente und Materialien gibt es beim DGB unter http://rente-muss-reichen.de/

Mit dem Wahltag wird das Thema nicht erledigt sein. Selbst bei günstigstem Wahlausgang werden wir darauf achten müssen, ob und wie die Wahlversprechen eingehalten und umgesetzt werden.

Haben sie eine Betriebsrente?

Traudel Kassel

Betriebsrenten ausbauen – eine gute Idee ... oder?

Seit dem Einstieg in die Privatisierung des Rentensystems 2002 hat es unzählige Bewertungen dieser Reform gegeben. Einhelliges Fazit von Fachleuten: Das 3-Säulen-Modell von gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge (Riester-Rente) ist gescheitert:

Die bewährte umlagefinanzierte gesetzliche Rente wurde weiter demontiert.

Die Riester-Rente konnten sich gerade diejenigen nicht leisten, die sie am nötigsten hätten. Spätestens mit der Finanzkrise ab 2008 erwiesen sich auch die vollmundigen Renditeaussichten der privaten Vorsorge als Luftschlösser. Riester war und blieb ein Flop.

Betriebsrenten gab es bis dahin vor allem in größeren Betrieben und im öffentlichen Dienst – in sehr unterschiedlicher Höhe. Ziel war eine größere Verbreitung. Verschiedene Modelle wurden angeboten, mit und ohne Zuschüsse durch den Arbeitgeber, für Laien eine schwer durchschaubare Geschichte. Die Zahl der Verträge stieg von 2001 – 2015 von 14,6 auf 20,4 Millionen. Über die Qualität der Verträge, den Nutzen für die zukünftigen RentnerInnen sagt das aber noch nichts aus.

Um zukünftige Altersarmut zu verhindern, hat sich Arbeitsministerin Andrea Nahles in der zu Ende gehenden Legislaturperiode mit mehreren Vorhaben an Reparaturen am Rentensystem gemacht:

Zuerst die „Rente mit 63 für langjährig Versicherte“, mit der sie Härten der wenige Jahre zuvor eingeführten „Rente mit 67“ mildern wollte.
Unsere Kritik: Die Bedingungen dafür werden vor allem von Menschen erfüllt, die es am wenigsten nötig haben. Menschen mit unterbrochener Beschäftigung durch Erwerbslosigkeit oder Familienpflichten profitieren davon nicht.

Dann gelang die lange angestrebte Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, den sie auch als ein Mittel zur Verhinderung von Altersarmut ansah.
Unsere Kritik: Um Altersarmut zu verhindern, müsste dieser weit über 10 Euro liegen. Das belegt Rentenexperte Johannes Steffen (früher Arbeitnehmerkammer Bremen). Inzwischen ist der Mindestlohn von 8,50 auf 8,82 Euro angestiegen.

Jetzt hat sie sich Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten vorgenommen.
Unsere Kritik: Die Regelungen sollen erst ab 2018 greifen und alle von der Absenkung dieser Rentenart vor einigen Jahren Betroffenen außen vor lassen. Immerhin handelt es sich um ca. 1,7 Millionen Menschen, die zurzeit von voller oder teilwei-

ser Erwerbsminderung betroffen sind – vor allem Menschen mit ohnehin geringen Löhnen, häufigen Arbeitsplatz- und Berufswechseln und harter körperlicher Arbeit.

Als weiteres Thema hat die Ministerin die längst überfällige Angleichung der Ost- an die Westrenten angepackt.
Unsere Kritik: Anstelle der geplanten 2 Schritte soll sie in 7 Schritten durchgeführt werden und erst 2025 vollendet sein. Im Gegenzug werden bisherige Regelungen abgebaut, die wegen des niedrigeren Lohnniveaus eingeführt wurden. Wie sind die Folgen dieser Reform für die einfachen Menschen?

Stärkung der Betriebsrente – zu welchem Preis?

Und jetzt das Vorhaben, flächendeckende Angebote für Arbeitnehmer auch in kleinen Betrieben zu machen, damit möglichst alle ArbeitnehmerInnen in den Genuss einer Betriebsrente kommen. Drei Runden mit Experten von Lobby-Verbänden im Vorfeld dürften die anfangs guten Ideen der Ministerin auf ein Konzept zurechtgestutzt haben, das den Namen „Reform“ nicht mehr verdient.

Gute Idee, aber nicht gut gemacht. Der politisch gewollte höhere Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersvorsorge sagt für sich alleine nichts aus über das damit erzielbare Plus an sozialer Absicherung im Alter, bei Invalidität oder von Hinterbliebenen, urteilt das „Portal Sozialpolitik“ nachstehend:

Die „reine Beitragszusage“

Die Grundidee der Ministerin: Unternehmen sollten von der Arbeitgeberhaftung befreit werden, wenn sie bei Betriebsrentenmit den Gewerkschaften an einem Strang ziehen. Bislang sind sie in letzter Instanz für alle Zusagen der betrieblichen Altersversorgung verantwortlich, auch wenn ein Versicherer oder eine Pensionskasse die Versorgung abwickelt.

Betriebliche Altersversorgung liegt ab 2018 auch bei einer reinen Beitragszusage vor. Voraussetzung ist allerdings die Existenz eines entsprechenden Tarifvertrages (»Tarifrente«). Die Pflichten des Arbeitgebers beschränken sich auf die Entrichtung der zugesagten Beiträge (in der Regel aus Entgeltumwandlung) an einen externen Versorgungsträger (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Eine bestimmte Versorgungsleistung wird vom Arbeitgeber nicht zugesagt und darf auch vom Versorgungsträger nicht zugesagt werden.

Für Anwartschaften und spätere Leistungen fehlt jedwede Haftungsinstanz. Die Höhe der Betriebsrente und deren Entwicklung ist alleine abhängig von der Vermögens- und Ertragslage bzw. -entwicklung der Versorgungseinrichtung (Variabilität in Abhängigkeit vom Kapitalanlageerfolg gänzlich ohne »Haltelinie«).

Was das alles noch mit betrieblicher Altersvorsorge zu tun hat? – Eine berechtigte Frage. Denn faktisch bleibt am Ende eine betrieblich organisierte private Altersvorsorge – ohne Garantie und ohne Arbeitgeber-Haftung. Wofür auch, wenn ohnehin nichts mehr garantiert wird?

(Quelle: Portal Sozialpolitik)

Das schärfste Urteil über die „Reform“ fällt ein Verantwortlicher einer Pensionskasse:

Ein Novum ist sicherlich, dass mit Frau Nahles ausgerechnet eine Sozialdemokratin durch das Zielrentensystem bewährte Garantien für Arbeitnehmer abschafft und so sämtliche Risiken auf diese überwälzt. Nicht erkennbar ist, welches Interesse Gewerkschaften daran haben sollten, diese verschlechterte Position ihrer Mitglieder bzw. Arbeitnehmer durch tarifvertragliche Regelungen zu ermöglichen.

(Quelle: Frank Oliver Paschen, Vorstandsvorsitzender Dresdener Pensionskasse VVaG)

Gewerkschaften sollten sich drei Mal überlegen, ob sie sich in ein Konzept einbinden lassen, das für sie und ihre Mitglieder zum Schaden gereichen kann.

8 Männer gegen 3.700.000.000

Wolfgang Bielenberg

Acht Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung! Höchste Zeit zum UMVERTEILEN!

Für wenige Tage war es das beherrschende Thema in (fast) allen Medien: Zum Auftakt des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlichte Oxfam[1] Anfang des Jahres ihren Bericht „An Economy for the 99 Percent"[2]. Darin kommt die Organisation zu dem Ergebnis, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerungüber 50 % des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die restlichen 99 % zusammen. Allein die 8 reichsten Personen der Welt (alles Männer) besitzen über 426 Milliarden US$ (426.000.000.000).

Unvorstellbare Summen: Beträgt doch der Haushalt der Bundesrepublik Deutschland – eines der reichsten Länder der Welt – umgerechnet „nur" 350 Milliarden Dollar für das Jahr 2017. Und auch hier in Deutschland besitzen 36 Milliardäre mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Kurz darauf hatten die Medien neue Themen. Die Reporter und wir nehmen es als gegeben hin, dass Menschen soviel Vermögen besitzen, das sie und ihre Kinder im Leben nicht ausgeben können. Vermögen in einer Höhe, die selbst Kaiser und Könige vergangener Jahrhunderte als Bettelleute dastehen lässt. Vermögen, das den Besitzern die Macht gibt, Staaten in den Ruin zu treiben.

Und während gleichzeitig 800 Millionen Menschen auf der Erde nicht genug zum Essen haben, nimmt die Konzentration des Reichtums ständig zu. Mit eine Folge der Macht von Investmentgesellschaften, Banken und Konzernen, die – unterstützt von Regierungen – Steuern unterschlagen, Gewinne in Steueroasen verschieben und Staaten in einen ruinösen Wettlauf um Niedrigsteuersätze treiben.

Dabei ließe sich mit Bruchteilen der Vermögen der Hunger auf der Welt auf Dauer besiegen. Bruchteile könnten die Schulden von öffentlichen Haushalten ausgleichen. Mit Bruchteilen könnten Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit finanziert werden. So könnte die Schere zwischen Arm und Reich kleiner gemacht werden, die auch dazu führt, dass sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und auf die Parolen von Rechtspopulisten hereinfallen.

Unser Gesellschaftssystem, das derartige Unterschiede zwischen den Menschen zulässt, ist krank. Wir werden uns nicht damit abfinden, im eigenen Interesse wie auch im Interesse unserer Kinder. Wir werden immer wieder auf diesen Wahnsinn hinweisen – und auf den einzig möglichen Weg, ihn zu verändern: Dieser Reichtum muss umverteilt werden. Eine Umverteilung schafft die materielle Basis für die dringend notwendige Veränderung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Rang	Person	Konzern	Nettovermögen
1	Bill Gates	Microsoft	75,0 Milliarden US$
2	Amancio Ortega	Inditex	67,0 Milliarden US$
3	Warren Buffett	Berkshire Hathaway	60,8 Milliarden US$
4	Carlos Slim Helu	Grupo Carso	50,0 Milliarden US$
5	Jeff Bezos	Amazon	45,2 Milliarden US$
6	Mark Zuckerberg	Facebook	44,6 Milliarden US$
7	Larry Ellison	Oracle	43,6 Milliarden US$
8	Michael Bloomberg	Bloomberg LP	40,0 Milliarden US$
Die reichsten 8 Personen verfügen über 426,2 Milliarden US$			

Reich, reicher, am reichsten ...

Die Privatvermögen sind erneut gestiegen. 5,4 Billionen Euro gehörten im 2. Quartal des Jahres 2016 zum Eigentum privater Haushalte. Das entspricht einem Plus von 44 Milliarden Euro – binnen drei Monaten! Das Gros des Vermögens besteht übrigens in Barem und Geld: 3,756 Billionen Euro. Zweitgrößter Posten: Immobilien, in die viel Geld gesteckt wird, seit die Zinsen im Keller sind.

Mit einer gerechteren Verteilung würden die „Schuldenuhren“ überflüssig. (Schuldenuhren sollen die Staatsverschuldung anzeigen. Wenig überraschend hängt in Bremen eine Uhr am Haus der FDP-Geschäftsstelle in der Sandstraße.) Und vielleicht würden auch irgendwann

die „Reichtumsuhren“ ihren Sinn verlieren. Sie zeigen den immer größer werdenden Abstand zwischen den (Netto-) Vermögen und den Schulden der privaten Haushalte in Deutschland. In Bremen ist eine am DGB-Haus gegenüber dem Hauptbahnhof zu finden.

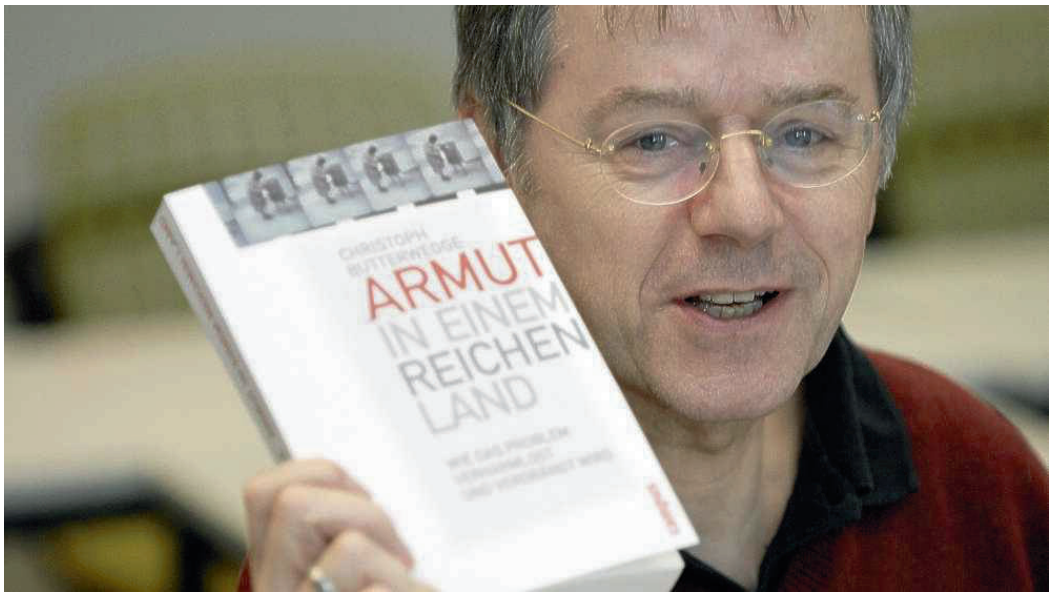
Wir müssen lauter werden! Wir müssen raus aus den warmen Stuben! Nutzen wir das Wahljahr: Im Herbst sind Bundestagswahlen. Im Herbst bestimmen wir Wähler über die Zusammensetzung des Bundestags die Richtung der Politik für die nächsten vier Jahre. Eine veränderte Steuerpolitik ist überfällig. Wir brauchen eine angemessene Besteuerungvon hohen Einkommen, von Unternehmensgewinnen, von großen Erbschaften und Vermögen sowie von Finanztransaktionen. Prüfen wir die Aussagen der Parteien und setzen wir unser Kreuz an die richtige Stelle – und begleiten wir die Parteien die nächsten vier Jahre, damit sie ihre Versprechen nicht vergessen.

Das allein wird nicht reichen. Um die Verhältnisse zu verändern, brauchen wir Engagement, vielfältige Initiativen und Aktionen und einen langen Atem. Die Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen wie Attac, Campact oder das Bündnis „Reichtum umverteilen“[3] bieten hier eine wunderbare Basis! Wir sind jung genug, um uns daran zu beteiligen.

1 Oxfam (Oxford CommitteeforFamine Relief)ist eine globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die für eine gerechte Welt ohne Armut arbeitet.Oxfam wurde 1942 in Großbritannien gegründet als Reaktion auf das Leid der Zivilbevölkerung im von Deutschland besetzten Griechenland. Seit 1995 gibt es Oxfam Deutschland. Mehr unter https://www.oxfam.-de/

2 Siehe https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/economy-the-99-percent

3 Siehe https://attac.de/;https://campact.de/;



Armut in einem reichen Land

Veranstaltung von DGB, IGM, ver.di, Arbeit und Leben mit Christoph Butterwege

7. August 17 – 19:30 Uhr – DGB-Haus, Tivolisaal

Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

„Armut“ ist zuletzt aus einem Tabu- beinahe zu einem Topthema geworden, das in Talkshows über die Folgen der Weltfinanzkrise, die Angst der Menschen vor einem sozialen Absturz, den Zerfall der Mittelschicht oder die „Flüchtlingskrise“ jedoch häufig zerredet wird. Man spricht jetzt zwar viel mehr darüber, nimmt sie aber ebenso wenig als gesellschaftliches Kardinalproblem wahr und ernst wie in der Vergangenheit. Die in der wohlhabenden Bundesrepublik spürbar zunehmende Armut wird deshalb auch nicht konsequent bekämpft, sondern immer noch geleugnet, verharmlost und „ideologisch entsorgt“. Wie das in Politik, Massenmedien und Wissenschaft geschieht, zeigt der Referent an konkreten Beispielen, um abschließend zu erörtern, was getan werden müsste, damit sich die Kluft zwischen Arm und Reich wieder schließt.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrte bis Juli 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine jüngsten Buchveröffentlichungen zum Thema: „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (4. Aufl. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2016) sowie „Armut“ (2. Aufl. Köln: PapyRossa Verlag 2017)

Traudel Kassel

Viel besungen – immer schwierig

Solidarität in der Konkurrenzgesellschaft

Solidarität ist die einzig wirksame Waffe dieser lohn-"abhängigen Klasse" gegen die ständigen Versuche der Mächtigen, Menschen, Gruppen oder Beschäftigte in anderen Ländern gegeneinander in Konkurrenz zu setzen. Zusammenstehen, sich organisieren um das gemeinsame Interesse, sich nicht kleinkriegen zu lassen – das ist Solidarität. Es ist nie einfach gewesen sie herzustellen – selten ist sie von Dauer. Denn es heißt, vielfältige Spaltungen zu überwinden – zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften, Alten und Jungen, zwischen Alt-Eingesessenen und zugewanderten Armutsflüchtlingen, die bereit sind, zu allen Bedingungen zu arbeiten.

Unter welchen Bedingungen entsteht sie trotzdem, unter welchen nicht? Wir erinnern an die Konflikte, als migrantische Industriearbeiter 1973 gegen viel zu niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen streikten. Da fehlte die Solidarität der besser gestellten deutschen Kollegen. Oft hat sich erwiesen, dass gemeinsame Streiks die Arbeitenden aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten einander näher brachten. Erfahrungen von Solidarität sind Höhepunkte im alltäglichen Arbeitsalltag, sei es am Arbeitsplatz oder im Streik. Wie Solidarität zwischen Stammbelegschaften und Leih- oder Werksvertrags-Arbeitern möglich ist, zeigten zum Beispiel die Streiks von Daimler-Kollegen gegen weitere Ausgliederungen im Herbst 2014.

Ausspruch eines der reichsten Männer der Welt, des US-amerikanischen Firmenspekulanten Warren Buffett: „Wir, die herrschende Klasse, führen weltweit Krieg gegen die abhängige Klasse, und wir sind endgültig dabei zu gewinnen."

Veränderte Arbeitswelt

Die Bedingungen in Betrieben und Verwaltungen verändern sich seit den 90er Jahren mit wachsender Geschwindigkeit – in der Industrie, in privaten Dienstleistungsbetrieben, auf dem Feld öffentlicher Dienstleistungen. Wichtigste Kennzeichen dieser Veränderungen sind die Zunahme von Schichtarbeit und prekären Arbeitsverhältnissen. In der Industrie werden Teile der Belegschaften ausgegliedert. In den neuen Firmen fehlen Betriebsräte und gewerkschaftliche Strukturen. Viele Beschäftigte werden in kurzfristige und ungesicherte Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Dazu zählt zunehmend Leiharbeit und neuerdings Werkverträge, die Beschäftigte noch rechtloser machen. Dieser Prozess von Automatisierung, Firmenverkäufen und Ausgliederungen geht ständig weiter und schwebt wie ein Damoklesschwert über den Beschäftigten.

Durch Deregulierung vor allem in Dienstleistungsbetrieben steht gegenüber den 90er Jahren fast „kein Stein mehr auf dem anderen". Bankenkrisen, Umstrukturierungen, Zusammenschlüsse von Versicherungen und Zerschlagung von Handels-Konzernen, Pleiten (Quelle, Schlecker, Praktiker, Bahr, Kaiser's-Tengelmann) haben zu einer Erosion gesicherter Vollzeitarbeitsplätze geführt.

Privatisierung und Outsourcing von Dienstleistungen aus dem Öffentlichen Dienst, darunter Post, Telekommunikation, Krankenhäuser, Kitas, Entsorgung, Verkehrsbetriebe usw., nahmen ebenfalls in den 90er Jahren Fahrt auf. Beamten und Stammbeschäftigten blieben bei diesem Prozess viele Leistungen erhalten. Für neu Eingestellte in den ausgegliederten Gesellschaften setzte dagegen eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ein. Aktuellstes Beispiel: die Ausgliederung bei DHL im Jahre 2015, die auch durch den Streik der Postbeschäftigten nicht verhindert werden konnte.

Eine Flashmob-Aktion von mehr als 100 GewerkschafterInnen und AktivistInnen verhindert am 5.2.2010 die Eröffnung des Schlecker-Billiglohn-Markts "Schlecker XL" in der Wätjenstraße.

Aufspaltung der Belegschaften in eine Vielzahl unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse, davon viele kurzfristig und ungesichert, erschweren selbst in größeren Betrieben ein Kennenlernen oder das Entstehen eines Vertrauensverhältnisses, das für solidarisches gemeinsames Handeln so wichtig ist. Menschen arbeiten räumlich und zeitlich vereinzelt, selbst wenn sie zu einer Konzernbelegschaft gehören. Es gibt kleinste Arbeitseinheiten und enormen Zeitdruck, kaum gemeinsame Pausen. Weil das Machtgefälle so groß ist, richtet sich Unzufriedenheit oft eher gegen KollegInnen, mit denen bei hohem Arbeitstempo Konflikte entstehen. Gewerkschaften haben hier nur schwer Zugang.

Da braucht es mutige einzelne Widerständige, die auch unter widrigen Bedingungen nicht alles hinnehmen, Betriebsräte gründen, Arbeitskämpfe organisieren (und dabei ihren Rausschmiss riskieren). Sie können ihren KollegInnen zum Vorbild werden und solidarisches Zusammenstehen ermöglichen.

Außer diesen einzelnen Mutigen braucht es in den Zonen prekärer Arbeitsverhältnisse von Einzelhandel, Gastronomie, Logistik und Paketzustellung usw. oft mehr als traditionelle gewerkschaftliche Arbeitskampfformen, um übermächtigen Konzernen die Stirn bieten zu können. Die gewerkschaftliche Basis ist dort oft schmal. Es braucht branchen-übergreifende Solidarität von Gewerkschafter*innen und breite Unterstützung der Öffentlichkeit. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Solidaritätskomitees in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften helfen können, KollegInnen in Auseinandersetzungen zu unterstützen, den Konflikt in die Öffentlichkeit zu tragen und dadurch eine breitere Solidarität zu entfalten. Das war bei Auseinandersetzungen und Streiks im Einzelhandel, beim Dänischen Bettenlager und den ausgegliederten Betrieben bei der Charité oder dem Botanischen Garten in Berlin.

Aber auch dem Metallarbeiter oder Techniker mit festem Arbeitsplatz und gutem tariflichem Lohn sollte es nicht egal sein, ob seine Frau, Freundin, sein Nachbar, der Leiharbeiter im Betrieb neben ihm, die Kassiererin im Supermarkt oder der Überbringer seines Pakets am Arbeitsplatz unterbezahlt, schikaniert und von Arbeitsplatzverlust bedroht ist. Er sollte solidarisch sein – nicht aus Mit-

leid – nein, im ureigenen Interesse. Auch ihm kann es durch Krankheit, durch Verkauf der Firma oder Pleite seines Arbeitgebers blühen, aus seinem bisherigen Arbeitszusammenhang gerissen zu werden und in der Welt prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu landen. Millionen Beschäftigte erfahren in ihrem Arbeitsleben Phasen der Erwerbslosigkeit, Leiharbeits- oder Werkvertragsverhältnisse.

Wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, gehen Ältere oft in einen mehr oder weniger gut abgesicherten Übergang in die vorgezogene Rente. Für NiedrigverdienerInnen bedeutet das häufig Abschieben in Altersarmut. Andere erhalten Abfindungen. Die zuletzt Eingestellten, die vorher vielleicht erwerbslos waren, Menschen mit befristeten Verträgen, LeiharbeiterInnen, MinijobberInnen, profitieren davon nicht. Bleibt die Solidarität mit diesen KollegInnen bei der Sozialverträglichkeit auf der Strecke?

Der Fall Emmely: angeblich zwei Pfandbons für 1,30 EUR unterschlagen. Bremer solidarisch gegen die Kündigung einer Supermarkt-Kassiererin.

Das Ganze im Auge haben

Solidarität heißt, auch als KundIn, als PassagierIn, als PartnerIn zu erkennen, dass es allen unterschiedlichen Erfahrungen zum Trotz allen Beschäftigten gemeinsam ist, dass ihre Lebensgrundlage durch Erwerbsarbeit unsicher ist und bleibt. Und dass es nur möglich ist, Angriffen auf unsere vermeintlich sichere Zukunft Widerstand entgegenzusetzen, wenn wir auch andere in ihren Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber unterstützen.

Um das zu verhindern, werden Gegensätze und Neiddebatten geschürt, z. B. gegen scheinbar privilegierte Beschäftigten-Gruppen wie Fluglotsen, Piloten, Ärzte oder Lokführer, Arbeitsplatz-„Besitzer“. Aber wenn selbst die es nicht schaffen, sich mit ihren sozialen Interessen durchzusetzen, wird es für andere Tarifbeschäftigte und erst recht prekär Beschäftigte noch schwerer werden.

Solidarität – was ist das denn?

Für viele, die sich in der Ellenbogen-Gesellschaft gut eingerichtet haben, ist Solidarität sowas wie eine leicht angestaubte Antiquität, die irgendwo in der Ecke herumsteht und bei bestimmten Anlässen von ebenso angestaubten Gewerkschaften hervorgeholt und vor sich hergetragen wird. Sie übernehmen das von Politikern und Mainstream-Medien verbreitete Bild vom freien, eigenverantwortlichen Individuum, das sich sehr gut selbst behaupten kann. Sie konsumieren fröhlich und stellen ihr Wohlleben gern öffentlich zur Schau. Wer nicht zu denen gehört, die sich auf der Sonnenseite der Gesellschaft bewegen, ist eben ein Verlierer.

Werden solche Menschen in einer Streiksituation plötzlich in ihrer individuellen Freiheit einzukaufen, zu fliegen oder mit Bus oder Bahn zu fahren, eingeschränkt und mit Forderungen derjenigen konfrontiert, die für sie Jahr um Jahr als Dienstleister tätig sind, treffen zwei Welten aufeinander. Die Streiks nehmen manche wie eine Naturkatastrophe wahr, die ihre Pläne durchkreuzt. Dienstleister haben zu funktionieren, freundlich und allzeit bereit. Ihre Bedürfnisse interessieren nicht. Solidarität – was ist das denn?

Warum nutzen so viele Menschen Amazon, obwohl sie von dessen Umgang mit seinen Beschäftigten wissen? Ist ihnen beim Bestellvorgang in ihrer warmen Stube gleichgültig, dass Menschen für einen ungesicherten stressigen Job mit geringem Lohn oft zu Nachtzeiten lange Wege in Kälte und Regen zurücklegen müssen? Hindert sie ihre persönliche Situation daran, sich auf den Weg zu bestimmten Geschäften zu machen – weil sie krank oder durch familiäre Aufgaben gebunden sind? Oder gehören sie zu der wachsenden Zahl Klein- und Scheinselbständiger oder daheim von ihrem Laptop aus arbeitender Cloud-Worker, die selbst keine Arbeitsbeziehungen erleben, die solidarisches Verhalten erst möglich machen?

Daumen hoch - für erfolgreiche Solidarität: Emmely nach dem Erfolg vor dem Bundesarbeitsgericht.

Solidarität braucht Nähe. Sie entsteht in Gruppen mit ähnlichen sozialen Interessen, oft einer gemeinsam erlebten Geschichte und durch den Druck durch den Unternehmer, der die einzelnen KollegInnen erst zu einem Kollektiv zusammenführt. Das geschieht aber keineswegs automatisch. So kommt es, dass Solidarität zwischen Amazon-Beschäftigten an unterschiedlichen deutschen Standorten und sogar mit polnischen Amazon-Beschäftigten eher zustande kommt als mit den Nutzern.

Grenzenlose Solidarität in der globalisierten Wirtschaft?

Die alte Redensart besagt: Das geht mich so wenig an, als wenn in China ein Sack Reis umfällt. Heute geht es uns etwas an, was in China, in Vietnam, Kambodscha, Indien, Bangladesh oder Afrika passiert – erst recht in Rumänien, Bulgarien, Tschechien oder Polen oder in Almeria in Spanien. Arbeitsplätze gehen verloren, wenn sie in Regionen mit billigeren Arbeitskräften verlagert werden.

Wenn eine Bremer Firma ein Werk nach Tschechien oder Rumänien verlagert, weil sie dort günstigere Bedingungen vorfindet, was nutzen Proteste der Beschäftigten hier? Was nutzen Proteste der tschechischen oder rumänischen Beschäftigten, wenn die Produktion später nach Asien verlagert wird, weil es dort noch billiger geht? Wenn chinesische Arbeiter bessere Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen, droht auch dort eine Verlagerung in noch billigere Länder. Wie kann die weltweite Spirale nach unten bei Löhnen und Arbeitsbedingungen gestoppt werden?

Moderne Informationsverbreitung und bessere Reisemöglichkeiten konnten schon für den Aufbau solidarischer Beziehungen zwischen Beschäftigten in aller Welt genutzt werden. Beispiele gibt es aus der Auto- und Chemie-Industrie, aus der Ernährungs- und Textilwirtschaft, wo die Lieferketten von den Produzierenden bis zu den Beschäftigten und uns KonsumentInnen in Deutschland ins Bewusstsein gerückt wurden.

Noch zaghaft sind Versuche von Truckern aus europäischen Ländern, sich zu organisieren, um der scharfen Konkurrenz untereinander Solidarität entgegenzusetzen. Es hat Kundgebungen und einige gemeinsame grenzüberschreitende Aktionen und Freundschaftsgesten gegeben, jedoch keine Lahmlegung ganzer Autobahnen wie etwa in Frankreich. Die Trucker sind sich ihres Machtpotenzials noch nicht bewusst. Aktuell kämpfen russische Trucker seit Monaten gegen gesetzliche Verschlechterungen ihrer Lage. Einige von ihnen informieren zurzeit in Deutschland auf Info-Veranstaltungen über ihren Kampf.

Unter kampferprobten Seeleute- und Hafenbelegschaften gab es schon weltweite Solidaritätsaktionen. Wir erinnern uns an die weltweiten ITF-Aktionen für Tarife auf den Schiffen und an Hafenarbeiter in Australien und USA, die kämpfende Kollegen in Liverpool unterstützten, indem sie die Abfertigung von Streikbrecher-Schiffen verweigerten.

In Europa heißt der erste Schritt: Alle abhängig Beschäftigten sind KollegInnen mit gleichen Interessen. Im globalen Maßstab gilt es zu erkennen, dass nicht „die Chinesen“ unsere Arbeitsplätze durch Dumpingpreise gefährden. Vielmehr kämpfen dort und überall auf der Welt arbeitende Menschen um menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen in einem Wirtschaftssystem, das von der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und der Konkurrenz der von Lohnarbeit Abhängigen lebt.

Von da aus ist es noch weit, bis die arbeitenden Menschen dafür sorgen können, dass unsere Vision von einer solidarischen Gesellschaft Wirklichkeit wird und nicht die von Warren Buffett.

Bertolt Brecht

Wer seine Lage erkennt – wie soll der aufzuhalten sein?

Die Samurais der Festanstellung

Bettina Weise

Der Aufhänger für diesen Artikel war das Buch:„I Samurai del Posto Fisso“ von Annalisa Chirico, Società Europea di Edizioni Spa- Il Giornale.

Es geht in dem schmalen Büchlein eigentlich und hauptsächlich um die Kaste (nicht abwertend gemeint) der Lehrer (aber, wie gesagt, auch um die Festanstellung beim Staat oder die Verbeamtung). Als ich in den 70-er Jahren nach Norditalien gekommen bin, war es für mich sehr, sehr ungewohnt, von jungen Leuten zu hören, dass sie von der „lebenslangen, sicheren Anstellung“ bei öffentlichen Arbeitgebern träumten.

Und anscheinend träumt auch heute noch so mancher Italiener davon. Man möchte Krisenfestigkeit in Zeiten der Krise, Kontinuität, Unkündbarkeit, eine anständige Rente, keine Altersarmut und, und, und.

Die von A. Chirico hart kritisierten Lehrkräfte würden sogar den Anspruch auf eine Planstelle und den Beamtendienst erheben, weil er ihnen doch früher oder später zustehe.

Heute seien laut Meinung von A. Chirico diejenigen, die immer noch darauf aus sind, eine feste Anstellung beim Staat zu ergattern: Samurais, Krieger in einem surrealen Kampf um den „posto fisso“. Dabei bezieht sie sich ausschließlich auf ihr Heimatland Italien. Junge Leute heute, sagt sie und zählt sich selbst dazu, wüssten schon länger, dass dem Begriff posto fisso, also dem unkündbaren Dienst beim Arbeitgeber Staat längst etwas Obsoletes anhafte.

Ja, ich glaube, es stimmt: Die meisten von ihnen wissen, dass ein Job keinesfalls fürs Leben ist, dass ein Mix aus Arbeitslosigkeit, Freiberuflichkeit, Sabbatjahren, Ich-AG, Angestelltenverhältnis auf Zeit, Elternzeit, Geduld, Anpassungsfähigkeit, Kreativität, Flexibilität etc. zum Curriculum Vitae (dt. Lebenslauf) gehören werden (müssen).

Entstaubt und wieder aktuell

Alles (?) ist anders geworden. Italien ist „ärmer“ geworden, der Staat lässt sich weniger „melken“ als in der Vergangenheit oder solle sich weniger „melken“ lassen (so ähnlich formuliert es A. Chirico). Gesellschaft und Arbeitsverhältnisse befinden sich im Wandel (und manche hätten es noch nicht gemerkt, auch ein Kritikpunkt von A. Chirico). Trotzdem sind ‚Festanstellung im öffentlichen Dienst‘ und ‚Verbeamtung‘ noch nicht ganz in den Archiven verschwunden, werden ab und an wieder herausgeholt, entstaubt und plötzlich wieder aktuell. – Wird es sie eines Tages nicht mehr geben? Ich weiß es nicht. Was verschwinden wird, werden vermutlich die Privilegien sein?!

GESUNDHEIT BRAUCHT PERSONAL

Reiner Meissner

Niemand ist wirklich davor gefeit plötzlich ins Krankenhaus zu müssen. An einen Ort zu kommen, an dem sich die Sparpolitik in der Gesundheitsversorgung im wahrsten Sinn der Worte am eigenen Leib erfahren lässt.

Anfang März führten zwei Kollegen der WIR- Redaktion mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsrat des Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide, Marita Froese-Sarium, ein Gespräch über die Situation im Pflegedienst.

Marita gab uns erst einmal einen Situationsbericht. Das städtische Krankenhaus Bremerhaven-Reinkenheide ist eine gGmbH und hat 696 Betten und über 1800 Beschäftigte, davon 240 Ärzte und ca. 110 Auszubildende. Die Auszubildenden haben keine Übernahmegarantie. Der Anteil der Frauen liegt bei über 70 % . Es gilt der Tarifvertrag öffentlicher Dienst –VKA (Krankenhäuser). Das Krankenhaus befindet sich zurzeit in einer Umstrukturierungsphase, es gibt eine neue Entgeltordnung. Mit der Einführung der Budgetdeckelung und der Umstellung auf das DRG System (deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen) haben Markt und Wettbewerb im Krankenhaus Einzug gehalten. Der Anteil der Personalkosten in Krankenhäusern liegt bei ca. 80 %. Hier wird gespart, weil der Gesetzgeber nicht vorgibt, wie viel Personal vorhanden sein muss. Mit Hilfe der Beschäftigten und ihrer Arbeitsleistung wurde eine schwarze Null erreicht. Das Betriebsergebnis des Klinikum Reinkenheide ist ausgeglichen.

Wachsender Zeitdruck

Durch eine neue Entgeltordnung und Stellenbewertungen ist die Bezahlung bei vielen Beschäftigten besser als früher. Bei der Gefährdungsanalyse wird auch die „Psychische Belastung am Arbeitsplatz“ betrachtet. Der Zeitdruck für das Pflege-

personal ist enorm hoch. Es gibt viele Unterbrechungen von der eigentlichen Tätigkeit durch andere Anforderungen wie z.B. einer zunehmenden Dokumentationspflicht, Organisation von Terminen, der Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen und Patiententransporten. Die Lärm- und Stressbelastung durch Monitore, Patienten-Rufanlagen, Telefone, ständige Ansprechbarkeit durch andere Berufsgruppen und Besucher nimmt zu.

Die Stationen sind knapp besetzt.

Fazit: Die Patienten bekommen nicht mehr die Pflege und Aufmerksamkeit, die ihnen zusteht. Und die Pflegekräfte gehen nicht nur erschöpft, sondern auch mit einem schlechten Gewissen nach Hause. Ihr Altersdurchschnitt liegt bei Ende 40/Anfang 50 Jahren.

Die hohe Arbeitsbelastung und der Altersdurchschnitt führen seit Jahren zu einer hohen Ausfallquote. Der Krankenstand liegt ungefähr bei 7 %. Dabei ist die Anzahl der Mitarbeiter, die langzeiterkrankt sind, oftmals in der Statistik nicht mehr erkennbar.

Es gibt unterschiedliche monatliche Schichtpläne für Pflegekräfte, Ärzte, den Hauswirtschaftlichen Dienst und die technische Abteilung. Eine Kontrollfunktion für die Rechtmäßigkeit der Dienstplanungen und Abläufe hat die paritätisch besetzte Arbeitszeitkommission. Die Anzahl der Mehrarbeitsstunden wird durch ein „Ampelsystem“ und die Arbeitszeitkommission kontrolliert. Durch besondere Belastungen und personelle Ausfälle können Plusstunden so ein Ampelkonto schnell hochsteigen lassen. In der Not werden Kolleginnen und Kollegen in ihrer Freizeit zuhause angerufen, ob sie nicht eine Schicht übernehmen können. Der Betriebsrat hatte dazu eine Umfrage zum Thema „Frei ist frei“ gestartet.

Auf die Frage, was anders werden müsste, antwortete Marita:

AUF JEDEN FALL MEHR PERSONAL AUF DEN STATIONEN. In der Nachtschicht ist eine Kollegin auf einer normalen Station allein für zu viele Patienten zuständig. Auf der Schlaganfallstation, den Intensivstationen, der Psychiatrie und im Kreißsaal gibt es dem Bedarf angepasste Besetzungen mit Nachtwachen.

Damit es zur EINHALTUNG DER BETRIEBSVEREINBARUNG zur Flexibilisierung der Arbeitszeit kommt, musste in der Vergangenheit der Betriebsrat mehrere erfolgreiche Arbeitsgerichtsverfahren anstrengen. Das soll sich ändern.

EINHALTUNG DER PAUSEN. Am 21. Februar gab es dazu einen Aktionstag, der von ver.di vorbereitet, finanziert und im Klinikum organisiert wurde.

Ein ENTLASTUNGSTARIFVERTRAG wie bei der Charité in Berlin wird derzeit im Klinikum diskutiert.

Personalmangel kostet Leben

Deshalb fordert ver.di gesetzliche Personalvorgaben und einen Tarifvertrag Entlastung (mehr Personal, verlässliche Arbeitszeiten, Belastungsausgleich).

Vor der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013 hatten SPD und DIE LINKE die Forderung nach einer gesetzlichen Personalbemessung weitgehend in ihre Wahlprogramme aufgenommen. Bündnis 90/Die Grünen wollten die Personalkosten der Krankenhäuser besser finanzieren. Kein Gehör fand ver.di bei CDU/CSU, auf klare Ablehnung stieß ver.di bei der FDP.

Wir werden die Wahlprogramme für die kommende Bundestagswahl interessiert lesen.

Im Frühjahr 2016 hat ver.di am Berliner Universitätsklinikum Charité den bundesweit ersten Tarifvertrag zur Personalmindestbesetzung im Krankenhaus durchsetzen können. Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf der Charité-Beschäftigten.

Im Saarland hat ver.di Ende 2016 21 Kliniken zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag ENTLASTUNG aufgefordert. Einige Kliniken haben sich gesprächsbereit gezeigt. Andere Kliniken lehnen Verhandlungen zur Entlastung des Pflegepersonals ab. Inzwischen hat ver.di im Saarland zu ersten Warnstreiks aufgerufen.

Auch in Bremerhaven und Bremen haben bereits einige Aktionen stattgefunden. – Der Druck muss aber noch deutlich erhöht werden!

Weitere Informationen:
www.tarifvertrag-entlastung.verdi.de

Kein Schwein gehabt!

Ein aus naheliegenden Gründen unvollständiger Artikel über die Arbeitsbedingungen auf dem Bremer Schlachthof – Zweiter Teil

Margot Müller

Vorbemerkung. Einer Zeitung, die wie die WIR nur drei- bis viermal im Jahr erscheint, fällt es schwer, aktuell zu sein. Letztes Jahr im Herbst haben wir umfangreich über die Arbeitsbedingungen auf dem Bremer Schlachthof recherchiert. Der erste Teil des Artikels ist in Heft 29 erschienen. Hier ist der zweite Teil abgedruckt.

Aber den Schlachthof und die Arbeitsplätze gibt es schon gar nicht mehr. Im Weser Kurier vom 22. März 2017 war zu erfahren, dass die Firmen MV Fleisch und Vogler Fleisch GmbH schon seit Januar unter Insolvenzverwaltung stehen. Der Schlachthof ist geschlossen, die MitarbeiterInnen, gleich welchen Rechtsstatus, sind alle entlassen worden und die Konzentration in der Schlachtindustrie geht weiter.

Insgesamt arbeiten zwischen siebzig und achtzig Menschen im Bremer Schlachthof Schragestraße, davon ungefähr fünfzig entsandte Arbeitnehmer – es sind auch einige Frauen darunter – aus den osteuropäischen EU Ländern, hauptsächlich aus Polen.

Aus der Frühzeit des Bremer Schlachthofs.

Die Arbeit wird als „Gewerk Schlachtung und Zerlegung“ an die Kolonne gegeben, die die Arbeiten unter sich aufteilt. Unabhängig von dieser Arbeitsorganisation müssen die Schlachter und Zerleger Arbeitnehmer (eingestellt bei der polnischen Firma) mit Arbeitsvertrag sein, jedenfalls offiziell, weil sonst das grenzübergreifende EU Arbeitnehmerüberlassungsrecht nicht anwendbar wäre. Juristisch gesehen sind sie Leiharbeiter, aber in einer besonderen Rechtssituation, weil sie nicht innerhalb Deutschlands, sondern übernational ausgeliehen werden.

Es wird häufig selbst von Anwälten bei der EU Arbeitnehmer-Entsendung ohne Unterscheidung von Werkverträgen und Leiharbeitsverträgen gesprochen. Inwieweit dabei wirklich Klarheit über die korrekte Benennung und die Einhaltung der Rechtsvorschriften besteht, sei dahingestellt. Für den einzelnen Arbeitsplatz sind die Legalität des Vertrages und die Rechtsfolgen für die Beteiligten bestenfalls zu beurteilen, wenn man alle schriftlichen Unterlagen in Händen hat. Einem Außenstehenden gelingt dies in der Regel nicht.

Wie das Gewerk hier in Bremen in individuelle Arbeitslöhne umgerechnet / aufgeteilt wird, war nicht zu erfahren. Es wird wahrscheinlich der Mindestlohn von zzt. 8,50 € pro Stunde tatsächlich ausgezahlt. Schutzkleidung, Ausrüstung und Arbeitsmittel werden vom Betrieb ohne Lohnabzug zur Verfügung gestellt.

Die Arbeit ist anstrengend. Im Stehen, unter Zeitdruck müssen aus der aufgehängten, immer weiter beförderten Schweinehälfte, die zugeteilten Fleischstücke sauber herausgeschnitten werden. Fehlschnitte mindern die Fleischqualität und damit den zu erzielenden Verkaufspreis. Die Lärmbelästigung durch die Maschinen (das Schwein wird ja nicht mit einer Handsäge in zwei Hälften geteilt) und das laufende Gestänge über dem Kopf ist „mittelstark“.

Es riecht in geringem Maße nach dem Abbrühen, nach Blut, und dem Darminhalt der toten Tiere. Direkt beim Schlachten werden die Belastungen anders (größer?) sein.

Bei schweren Arbeitsunfällen, die selten sind, ist das Diako in Gröpelingen das nächstliegende und damit zuständige Krankenhaus. Leichtere Schnittverletzungen werden im Betrieb oder in einer Arztpraxis behandelt.

Im Frühjahr 2016 gab es eine Gesundheitsgefährdung der Beschäftigten durch Ammoniakaustritt. Die Artikel dazu in der Bremer Presse waren die Einzigen in den letzten Jahren, die den Schlachthof überhaupt zum Thema hatten.

Angeblich wird bei längerer Arbeitsunfähigkeit der Lohn nicht weitergezahlt. Wenn das stimmt, ist diese Praxis eindeutig illegal. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist in Deutschland durch ein Gesetz geregelt und es gibt keine Ausnahmetatbestände.

Stattdessen wurden manchmal kranke ArbeiterInnen nach Polen zurückgebracht. Vielleicht sogar auf eigenen Wunsch, weil sie dort ihre Familie, ihre Krankenkasse und einen Arzt ihrer eigenen Sprache finden? Der letzte Satz kann nur spekulativ sein.

Der Schlachthof unterliegt wie andere Betriebe auch, der Gewerbeaufsicht, die u. a. die Einhaltung der Vorschriften zur Arbeitssicherheit überprüft. Unabhängig von der Art des Betriebes und der Herkunft der ArbeiterInnen ist die Gewerbeaufsicht derartig unterbesetzt und technisch schlecht ausgestattet, dass sie ihre Aufgabe insgesamt kaum erfüllen kann.

Die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls führt unangemeldete Kontrollen durch; dazu gehört auch die Prüfung, ob der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. Bei festgestellten Verstößen werden Bußgelder gegen den Betrieb verhängt. Bitter ist, dass die betrogenen ArbeiterInnen, gleichgültig welcher Nationalität, mit ihren Rechtsansprüchen von den staatlichen Stellen völlig allein gelassen werden. Sie müssen selber einen meist langwierigen Rechtsstreit um den vorenthaltenen Lohn führen.

Für die ausländischen ArbeiterInnen ist die Durchsetzung von finanziellen Forderungen besonders schwierig; sie müssen sich in einem fremden Rechtssystem in einer fremden Sprache zurechtfinden. Inzwischen hat die Firma sie schon lange entlassen, sie müssen in ihr Heimatland nach Osteuropa zurückkehren und von dort aus den Prozess vor dem deutschen Arbeitsgericht weiter führen.

Auch im Bremer Schlachthof wurden Kontrollen des Zolls durchgeführt. Ob Gesetzesverstöße festgestellt wurden, ist unbekannt.

Die Wohnungen in Bremen sind nicht mit den katastrophalen Verhältnissen im „Schweinegürtel“ Süd-Oldenburg zu vergleichen. Die ArbeiterInnen leben in Osterholz Tenever in Zwei-Bett-Zimmern. Für mehrere Zimmer gibt es ein Bad; die Ausstattung ist einfach, aber nicht verkommen. Als Mietpreis für die Unterkunft wurden 60 € monatlich pro Bett genannt.

Morgens und abends fahren die ArbeiterInnen mit Firmen-Kleinbussen zwischen Tenever und Oslebshausen zur und von der Arbeit hin und zurück.

Dass Menschen fern ihrer Familie und sozialen Umgebung “freiwillig“ unter diesen Bedingungen arbeiten, lässt sich hauptsächlich damit erklären, dass die Löhne in Polen nur ungefähr die Hälfte des deutschen Lohnniveaus betragen.

Ein Teil des Schweinefleisches aus dem Bremer Schlachthof wird ins Ausland verkauft. Es wird weltweit bis nach China, Singapur und Südafrika geliefert – und vielleicht auch nach Polen?

Anfang Oktober dieses Jahres ging die Firma Vogler Fleisch in die Planinsolvenz, was u. a. bedeutet, dass die Betriebe weiter als organisatorische Einheiten produzieren können.

Leiharbeit

Der juristisch korrekte Begriff ist: Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ). Diese liegt vor, wenn Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) von einem Arbeitgeber (Verleiher) einem Dritten (Entleiher, entleihendes Unternehmen) gegen Entgelt für begrenzte Zeit überlassen werden. Rechte und Pflichten des Arbeitgebers bleiben beim Verleiher.

Rechtsgrundlage ist in Deutschland das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Das Gesetz von 1972 erlaubte in der Bundesrepublik erstmalig die „erwerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung“. U. a. ist bestimmt, dass der Leiharbeitsvertrag der Schriftform bedarf und dass die Verleihung im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit erlaubnispflichtig ist, dies gilt auch für Verleiher aus dem Ausland. Die Erlaubnis erteilt die Bundesagentur für Arbeit. Hinzu kommen mehrere verbindlich zu beachtende EU Richtlinien.

In sechs Änderungen, zuletzt 2014, wurde der Schutz der Beschäftigten weiter abgebaut. Leiharbeit dient nicht mehr zum Auffangen von vorübergehenden Personalengpässen, sondern wird dauerhaft und strategisch eingesetzt, um die Arbeitskosten zu senken, Schutzrechte von ArbeitnehmerInnen zu unterlaufen (wie tarifliche Regelungen und Kündigungsfristen) und unternehmerische Risiken auf die Beschäftigten abzuwälzen.

Der gesetzliche Mindestlohn gilt – mit Ausnahmen – auch für die Leiharbeit.

Unter dem Schutz des Verfahrens sollen „notwendige strukturelle Anpassungen“ vorgenommen werden, um wieder „marktfähig“ zu werden“, teilte das Unternehmen selber mit.

Am Ende des Artikels soll der Prälat der katholischen Kirche Peter Kossens aus Vechta, der sich stark für die Belange der ausgebeuteten Fleischarbeiter einsetzt, zu Wort kommen:

“Das durchschnittliche Verhältnis Stammbelegschaft zu Werkvertrags- und Leiharbeit beträgt in der Fleischindustrie 20 zu 80 Prozent .... Das System stützt sich vielfach auf das skrupellose Geschäft krimineller Subunternehmer. Deren Willkür und Gier sind die Werkvertrags- und Leiharbeiter schutzlos ausgeliefert. Arbeitnehmer-Entsendung ist tausendfach zum Menschenhandel verkommen .... Eine Wirtschaftsordnung, die aus Gier und Menschenverachtung sich der Grenzen von Ethik und Moral entledigt, ist wie ein Krebsgeschwür mit tödlichem Wachstum“. Prälat Kossens wurde inzwischen von Vechta nach Lengerich in Westfalen versetzt. Es muss sich um einen reinen Zufall handeln!

Die Autorin dankt den ungenannten Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen, die alle einige kleine oder größere Mosaiksteine zusammengetragen haben, um ein (Teil)Bild der Bedingungen in der Bremer Fleischindustrie zu zeigen. Vieles bleibt trotzdem undurchschaubar.

Herzlichen Dank auch an Frau Regine Geraedts von der Arbeitnehmerkammer Bremen für ihre fundierte Erläuterung der juristischen Regelungen und Problematiken von Werk- und Leiharbeitsverträgen national und in der EU.

Werkverträge

Bei einem Werkvertrag verpflichtet sich der Auftragnehmer (Hersteller), ein zuvor klar beschriebenes Werk für den Auftraggeber (Besteller) zu erstellen. Wie der Auftragnehmer dies schafft, liegt in seiner eigenen Verantwortung. Er wird für das fertige Werk bezahlt und haftet für das Ergebnis. Da er kein Arbeitnehmer ist, fallen für den Auftraggeber (das Unternehmen) keine Sozialversicherungsabgaben an, keine Beiträge zur Berufsgenossenschaft, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und logischerweise kann es keine Tarifverträge geben und auch keine Bezahlung für den Jahresurlaub des Auftragnehmers.

Auch Firmen untereinander schließen Werkverträge.

Hier geht es nicht um die handwerklichen Werkverträge, die alle aus Erfahrung kennen. Beispiel: Der Hausbesitzer (Auftraggeber) schließt mit dem Klempnerbetrieb (Auftragnehmer) einen Vertrag über den Einbau einer Heizung (Werk) zu einem bestimmten Preis ab.

Sondern es ist der Missbrauch gemeint, dass große Unternehmen, oft über einen Subunternehmer, ArbeiterInnen z. B. für dieselben Lagerarbeiten im Supermarkt nicht mehr mit einem Arbeitsvertrag, sondern mit einem Werkvertrag beschäftigen (um u. a. die Sozialabgaben zu sparen).

Bei der Beurteilung, ob ein echter Werkvertrag vorliegt, oder ein „getarntes“ Arbeitsverhältnis – das Gesetz bezeichnet es als „Scheinselbständigkeit“ – greifen Arbeitsrecht, Steuerrecht und Sozialversicherungsrecht, sowie bei grenzüberschreitenden Verträgen auch noch EU Rechtsvorschriften, ineinander (manchmal widersprechen sie sich auch!).

Vergebene Aufträge eines Unternehmens (Werkverträge) werden als betriebliche Sachkosten verbucht, nicht als Personalaufwand. Dies ist eine zusätzliche Schwierigkeit, auch nur den zahlenmäßigen Zuwachs der illegalen Scheinselbständigkeit der letzten Jahren zu erfassen.

Auch das leibliche Wohl kam beim Jubiläumsfest der NGG-Senioren am 6. Februar nicht zu kurz.

30 Jahre

Seniorenstammtisch der NGG

Wolfgang Stolle

Die NGG-Seniorengruppe feierte am 6.2.2017 im Tivoli-Saal des Bremer Gewerkschafthauses ihren 30. Geburtstag. Das 25-jährige Jubiläum wurde noch in den Räumen bei Beck & Co. mit dem Gründungsmitglied Egon Balkow und Hans Koschnick gefeiert. Da die Räumlichkeiten aber abgerissen werden sollen, musste die Gruppe wieder zurück ins Gewerkschaftshaus, wo – vor 30 Jahren – auch die Gründung stattfand. Christa Gebert (87 Jahre alt und Ehefrau vom verstorbenen Paul Gebert) nahm als einziges Gründungsmitglied an der Geburtstagsfeier noch teil und berichtete von den vielen Veranstaltungen, Reisen und auch politischen Diskussionen. Sie will auch weiterhin an den monatlichen Stammtischen teilnehmen und mitreden. Das Team um Klaus Poppe, ehemaliger Vorsitzender der Vertrauensleutegruppe bei Beck & Co., plant auch in diesem Jahr wieder Veranstaltungen und die monatlichen Treffen mit sozialpolitischen und anderen Themen.

Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Regionsbüro Bremen-Weser-Elbe kamen kurz vor Mittag noch und brachten den Senioren ein kleines Ständchen, was mit großem Beifall bedacht wurde.

Im März wurde von der Mitarbeiterin der Verbraucherzentrale Bremen, Gertraud Huisinga, ein Vortrag über „Gesunde Ernährung im Alter“ gehalten mit einer anschließenden Diskussion.

Im April wird eine Mitarbeiterin des Pflegestützpunktes in Bremen über das neue Pflegestärkungsgesetz berichten, denn leider viel zu wenig Kolleginnen und Kollegen kennen ihre Rechte um das Pflegegeld.

Dieses Jahr steht auch ein Termin über Patientenverfügungen auf der Agenda, denn durch das neue Urteil des Bundesgerichtshofes sind einige Patientenverfügungen ungültig geworden und hier muss nachgebessert werden.

Eine Fahrt zum Vegesacker Geschichtenhaus mit anschließendem Grillfest in Lemwerder sowie eine Betriebsbesichtigung der Firma DMK (ehemals Nordmilch) in Zeven sind bereits fest gebucht.

Der Stammtisch soll aber auch Raum für allgemeine Diskussionen geben und auch Bingo wird mal gespielt. An den monatlichen Treffen nehmen regelmäßig 40 bis 50 Senioren teil. Neue Mitglieder sind immer herzlich willkommen.

Alle Termine können im Büro der NGG-Region Bremen-Weser-Elbe erfragt werden.

Bericht vom Bremer Genossenschaftstag

Margot Müller

Bei bestem Frühlingswetter fand der Bremer Genossenschaftstag zum Thema „Neue Wohnungsgenossenschaften - Impulsgeber für eine sozial-ökologische Quartiersentwicklung“ am 25. März in der evangelischen Friedensgemeinde statt. 151 interessierte BürgerInnen hatten sich in den Teilnehmerlisten eingetragen. Veranstalter waren der DGB, dem der Genossenschaftsgedanke traditionell nahe steht – die internationale Genossenschaftsbewegung ist ein Teil der Arbeiterbewegung – , die StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG (SGH) und der Verein Wohnen und mehr (WUM), der an der Förderung des gemeinschaftlichen Wohnens in Bremen mitwirkt.

Eröffnet wurde der Tag mit einem Grußwort von Arno Sünnemann, Abteilungsleiter der Baubehörde. Er betonte, dass in Bremen zwar keine so ausgeprägte genossenschaftliche Kultur vorhanden wäre wie z. B. in Hamburg – das Thema aber in seiner zunehmenden Bedeutung erkannt würde. Aus dem Publikum gab es aber auch Widerspruch und Kritik an der unzureichenden Unterstützung von Baugemeinschaften und neuen Wohnungsgenossenschaften durch die Kommune.

Dr. Josef Bura (Forum Gemeinschaftliches Wohnen) spannte einen weiten Bogen von den Anfängen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus im ausgehenden 19. Jahrhundert, über die Blütezeit nach dem 1. Weltkrieg und die Zerschlagung der Genossenschaftsbewegung durch die Nazis bis hin zum Aufblühen neuer Wohnungsgenossenschaften in den letzten 30 Jahren, die besonders von Menschen geprägt wurden, die neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens entwickelten und realisierten. Hier knüpfte Dr. Burghard Flieger aus Freiburg an, der vier verschiedene Typen des gemeinschaftlich-genossenschaftlichen Wohnens ausführlich erläuterte.

Spannend waren auch der Vortrag von Natalia Schaller (Mitbauzentrale München) über das München-Modell zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften und die anschließende Gesprächsrunde mit Frau Hansen von der Agentur für Baugemeinschaften, Hamburg.

Im Diskussionsgespräch „Wohnungsgenossenschaften als Partner der Kommunen“ wurde deutlich, was gezielte Förderprogramme der Kommunen bewirken können, wenn eine Stadt junge Wohnungsgenossenschaften bei der Eigenkapitalbeschaffung unterstützt, ihnen bevorzugt Flächen zur Bebauung zur Verfügung stellt (wie in München) und die Grundstücke nach Konzept und nicht zum Höchstpreis vergeben werden.

Wohnen als Ware? - Es geht auch anders.

Die SGH fordert in diesem Zusammenhang auch für Bremen neue wohnungspolitische Förderinstrumente: „Ein besonderes Anliegen ist es uns, dass auch Personen mit geringem Einkommen Mitglied in einer Wohnungsgenossenschaft werden können, wir fordern daher Bürgerschaft und Senat auf, dass diesem Personenkreis – wie in München – z. B. ein zins- und tilgungsfreies (Dauer)-Darlehen zum Erwerb der notwendigen Genossenschaftsanteile zur Verfügung gestellt wird“.

In weiteren Vorträgen wurden einzelne Projekte vorgestellt, z. B. Wohnsinn eG aus Darmstadt. Tobias Behrens (Stattbau Hamburg) präsentierte detaillierte Finanzierungsmodelle des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und Mathias Fiedler (ZdK) erläuterte die juristischen und ökonomischen Besonderheiten, die das Genossenschaftsgesetz vorschreibt.

Im Foyer hatten DGB und Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften eine informative, bunte Ausstellung über die Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung bis in die Gegenwart aufgestellt.

Fazit der SGH zum Tag der Genossenschaften: „Die sehr positive Resonanz bestärkt uns in unserem Bemühen, die zunehmende Bedeutung von Wohngenossenschaften zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum noch stärker in die öffentliche Debatte zu bringen“.

Weitere Informationen:
www.hulsberg-genossenschaft.de

Friedensbewegung heute

Interview mit Armin Stolle und Joachim Fischer

Wolfgang Bielenberg und Orhan Çalışır

Wie seht ihr den Zustand der Friedensbewegung im Frühjahr 2017?

Joachim Fischer: Jahrelang herrschte in der Friedensbewegung die Meinung „Ami go home". Viele Leute waren froh, als die Amerikaner ihre Kasernen in Bremerhaven räumten und ihre Panzerdivision abzogen. Jetzt kehren die Amerikaner mit schwerem Gerät wieder zurück, um es über Bremerhaven nach Polen und an die russische Grenze zu verlegen. Das ist natürlich eine Zäsur, auch wenn es heißt, das ist alles harmlos. Ich kann es nachvollziehen, wenn Russland das als Aufrüstung des Westens ansieht. Ein anderes Signal kann davon eigentlich nicht ausgehen. Frieden erreicht man durch Abrüstung. Deswegen passt es überhaupt nicht zu meinem Friedenskonzept, dass die NATO im Osten aufrüstet.

Das ist wieder eine Situation, die sich sehr schnell hochschaukeln kann. Wir haben den kalten Krieg lange hinter uns gelassen und jetzt sehe ich die Gefahr, dass so etwas wieder schnell aufgebaut werden kann. Natürlich auch vor dem Hintergrund, dass die USA in meinen Augen einen völlig unberechenbaren US-Präsidenten hat, der über Atomwaffen verfügt. Mir graust es da sehr.

Armin Stolle: Was mich beschäftigt, sind die Abgrenzungs- und Ausgrenzungstendenzen, die bei uns stattfinden. In der Friedensbewegung war ich oft bundesweit unterwegs, bin Mitglied der Friedenskooperative in Bonn und regelmäßig beim Friedensratschlag in Kassel. Da gibt es verschiedene Gruppierungen, die sich nur bedingt verstehen. Eine Friedensbewegung gibt es eigentlich nicht. Man hat sich allerdings zu einer gemeinsamen Erklärung zum Ostermarsch 2017 geeinigt.

Es gibt häufig interne Auseinandersetzungen. Nachdem sich auch Rechte der Friedensbewegung zuordnen wollen, ist der Konflikt innerhalb der Friedensbewegung größer geworden. Das finde ich bedauernswert. Für mich gibt es nicht die Friedensbewegung. Es gibt viele verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Wurzeln, die sich zur Friedensbewegung zählen. Die einen sind den anderen zu radikal und die anderen zu angepasst. Man muss versuchen, den Widerstand gegen diese globale Kriegs-Tendenz zu vereinheitlichen.

Die relativ kleine Friedensbewegung wird auch von Rechts attackiert. Die fragen z.B. beim Ukraine-Konflikt „...und wo ist die Friedensbewegung?"

Joachim Fischer

56 Jahre alt, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK). Studierte Chemie. Während einer einjährigen Arbeitslosigkeit nach dem Studium las er die Bibel und kam durch seinen Glauben an Jesus Christus und dessen Lehre der Gewaltlosigkeit später zur Friedensbewegung. Er politisierte sich in der Bewegung gegen den 2. Golfkrieg 1990/1991. Nach 12 Jahren Arbeit in einem chemischen Labor verlegte er seine Tätigkeit auf Kunst. Da er aber davon nicht leben kann, gibt er Nachhilfe in Mathematik. Seit 1992 ist er Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und beteiligt sich seit 27 Jahren bei der Donnerstags-Mahnwache auf dem Marktplatz.

Armin Stolle

Jahrgang 1934. Nach Tischler- und Kaufmannslehre studierte er Lehramt und arbeitete mehrere Jahre als Direktor der Gesamtschulen Ost und Mitte in Bremen. In den 1960'er Jahren politisierte er sich durch die Kirchenarbeit gegen die Notstandsgesetze. Während seiner langjährigen Arbeit in der SPD war er unter anderem Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost, des mitgliederstärksten Unterbezirks im Lande Bremen. 1993 Austritt aus der Partei als Reaktion auf den Asylkompromiss. Armin gehört seit vielen Jahren zu den herausragenden Persönlichkeiten der außerparlamentarischen Opposition in Bremen. Als Anti-Atom-Aktivist wies er immer auf die enge Verbindung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie hin. Armin Stolle ist einer der Mitbegründer des Bremer Friedensforums und einer der drei Stifter der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Er ist Vater von drei Kindern und hat mehrere Enkelkinder.

Joachim Fischer: Die Kritik ist ja nicht neu. Früher kamen die Vorwürfe, die Friedensbewegung würde sich nur gegen die amerikanischen Raketen wenden und nicht gegen die russischen. Dazu kann ich nur sagen, dass ich mich für die Abschaffung aller Raketen einsetze. Ähnlich ist es mit dem Nahost-Konflikt, wo es denn immer heißt, ihr seid Antisemiten, bloß weil wir die israelische Politik kritisieren, was aber mit Antisemitismus überhaupt nichts zu tun hat. Auch der Vorwurf von den Rechten, wir machen nur Politik gegen Amerika, ist einfach nicht haltbar.

Leider sind wir als Aktive so wenige. Unsere Kräfte und Mittel sind begrenzt. Wir müssen auswählen, was wir machen. Dennoch sind wir unter anderem auf vielen den Feldern aktiv: Rüstungsproduktion und -export, Rüstungskonversion, keine Soldaten in die Welt schicken und gerechte Handelsbedingungen schaffen, Menschen aus Kriegsgebieten aufnehmen.

„Die Rechten" bedienen sich teilweise der Aussagen der Linken. Das fing vor vielen Jahren an, als die ersten Bundeswehr-Soldaten ins Ausland geschickt wurden. Die Rechten sagten, „wir wollen keine weltweiten Bundeswehr-Einsätze!" Das war das, was auch die Linken gesagt haben, nur die Rechten hatten ein ganz anderes Motiv. Sie wollten nicht, dass „das edle deutsche Blut" vergossen wird. Uns hingegen ging es um den Frieden.

Armin Stolle: Diese Rechten werden von manchen von uns übertrieben ernst genommen. Wenn rechte Leute die gleiche Sprache benutzen und möglicherweise mit einem Referat irgendwo auftauchen, werden sie gleich abgelehnt. Die Friedensbewegung sollte sich nicht so einfach spalten lassen.

Wie ist es mit den Anfeindungen der „Anti-Deutschen"?

Joachim Fischer: Wegen des Antisemitismus-Vorwurfes ist es sehr schwer, über dieses Thema sachlich zu diskutieren. Das Bremer Friedensforum kritisiert die Siedlungspolitik Israels. Wir sind keine Antisemiten. Das wird uns aber vorgeworfen. Ich lehne die Gewalt von beiden Seiten, der israelischen wie der palästinensischen, ab, sehe aber auch die historische Entwicklung, die zu der heutigen Situation geführt hat.

Es wurde auch die Mahnwache auf den Domtreppen angegriffen?

Armin Stolle: Hier hat sich meines Erachtens die Bremische Evangelische Kirche als Institution und konkret die Domgemeinde politisch einschüchtern lassen. Eine Mahnwache, die sich vor allem gegen die israelische Siedlungspolitik richtet, wird von verschiedenen Gruppen unterstützt. Das Bremer Friedensforum ist allerdings nicht geschlossen für die Mahnwache. Es gibt in dem Zusammenschluss des Friedensforums auch Menschen, die nach wie vor der Aufbereitung des Holocausts die größere Bedeutung beimessen und sich daher nicht an dieser Mahnwache beteiligen.

Außerdem wird der Mahnwachen-Aktion noch immer -seit Jahren- vorgeworfen, eine Parallele zu der NS-Politik „Kauf nicht bei Juden" zu betreiben. Das spielt heute überhaupt keine Rolle. Es geht um eine israelische Politik, die die Zwei-Staaten-Beschlüsse von Oslo nach wie vor mit drastischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern untergräbt.

Es hat den Versuch gegeben, mit den „Anti-Deutschen" ins Gespräch zu kommen. Und dann stellt man fest, wie unwissend diese Leute sind. Dass sie historisch keine Ahnung haben und dass sie die gegenwärtige Friedensarbeit überhaupt nicht begreifen und aufspringen auf den Mainstream. Der Versuch, mit den sogenannten Antideutschen ins Gespräch zu kommen, ist grundsätzlich gescheitert.

Was sind die Perspektiven der Friedensarbeit heute?

Joachim Fischer: Das ist schwer zu beurteilen. Es gibt eine leichte Trennung nach Generationen. Die jüngere Generation ist kaum bei den Aktivitäten draußen dabei. Die nutzt aber intensiv die Neuen Medien, was eine wunderbare Ergänzung zu unserer Friedensarbeit ist. Darüber laufen sehr

Friedensbewegt und mit langem Atem: Die Mahnwache auf dem Bremer Marktplatz wird jeden Donnerstag gehalten.

viele Aktivitäten. Aber es gibt auch immer wieder generationsübergreifende Aktivitäten, wenn es gegen Rechts geht. Wenn es um Antifa-Aktionen geht, dann sind wir altersmäßig sehr gemischt.

Armin Stolle: Ich bin ja viel in evangelischen Kirchengemeinden unterwegs. Als Gemeindevertretung und Kirchenvorstandsmitglied und kenne eine ganze Pastorengeneration, die allerdings jetzt im Ruhestand ist.

Viele Menschen haben vor Jahren beim Bremischen Evangelischen Kirchentag eine Aktion der Ökumenischen Initiative gegen die Mauer unterschrieben (eine symbolische Mauer als sichtbares Beispiel) und jetzt in der „großen Politik“ hat der Einfluss der israelischen Politik weitere Teile der jüngeren Generation erfasst (Mainstream). Viele der damaligen engagierten evangelischen Christen halten sich zurück. Allerdings wächst auch die Kritik – vor allem durch Reisegruppen nach Israel und die Verständigungsbereitschaft, siehe den Austausch mit Jugendlichen durch das Lidice-Haus.

Für mich ist allerdings die Bremische Evangelische Kirche in diesen Fragen – bis auf Ausnahmen – - mehr als zurückhaltend, was die Stellungnahmen zur israelischen Siedlungspolitik betrifft. Sie ist der Autorität der Gesellschaft näher als den Aussagen des Neuen Testaments, den der Bergpredigt, an der ich mich orientiere.

Was tun? Wie kann man z. B. die Jugend für gesellschaftliche Themen gewinnen?

Armin Stolle: Ist es richtig, in der Vorschule und in der Grundschule Tablets einzuführen? Ich halte sehr viel von intensiver Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule. Bei der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Alleinerziehende, digitale Medien ohne Ende ...) muss diese Zusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt von mehr Solidarität verstärkt von der Schule ausgehen. Dazu ist es erforderlich, die individuelle Leistungsorientierung (PISA u.a.) durch kulturelle, politische gesellschaftliche Themen umfassend zu ergänzen. Projektarbeit ist dabei sehr wichtig. Viele Schulen machen inzwischen (wieder) solche Angebote – und wie den Printmedien zu entnehmen ist – - mit viel Erfolg. Schüler, Lehrer und „Jugendgruppen" haben dabei eine wichtige Funktion.

Als ich in der Otto-Braun-Straße als Lehrer angefangen habe, hatten wir eine Schülerzeitung, die u.a. eine Reihe mit den damaligen revolutionären Größen (Che Guevara und Ho Chi Minh) auf den Titelblatt hatten. Die Schüler interviewten ihre Lehrer zu ihren politischen Ansichten. Diese Zeitungen wurden auch mit den Anzeigen der bremischen Bremer Sparkasse unterstützt.
Ich habe z. B. immer einmal in der Woche eine aktuelle Zeitungsstunde in der Klasse gemacht. Themen waren von Fußball bis zur aktuellen Politik. Oder unsere Wand in der Gesamtschule Mitte (GSM), da waren immer aktuelle Themen ausgestellt von der Anti-Atom-Bewegung bis was weiß ich was. Das gibt es heute nicht mehr. Viele Lehrer haben sich eingerichtet. Vielleicht kommt mit der jüngeren Generation eine Veränderung? Es war für mich wichtig, von der Musik bis zur Politik Anregungen zu vermitteln.

Joachim Fischer: Als Nachhilfe-Lehrer habe ich viel mit jungen Leuten zu tun, die in der Oberstufe sind. Ich bekomme mit, welche Probleme sie haben. Sie stehen unter immensem Leistungsdruck. Das hat damit zu tun, dass viele Leute sich dem, was in der Schule gelehrt wird, nicht mehr gewachsen fühlen, sie schaffen den Stoff nicht mehr. Was machen sie? Sie nehmen Nachhilfe in Anspruch. Der Stundenplan ist proppenvoll. Referate, Klausuren und dann kommt noch die Nachhilfe dazu. Das geht dann auf Kosten all der Dinge, mit denen sich die jungen Leute entfalten können, ausspannen können. Das fehlt. Und mit dem Turboabitur ist alles noch schlimmer geworden. Die Schüler verbringen mehr Zeit mit der Schule als ein Arbeitnehmer mit seiner Arbeit. Das ist ein krasses Missverhältnis.

Dank an Joachim Fischer und Armin Stolle für dieses Gespräch.
Zum Fototermin trafen wir sie in den Wallanlagen.

Fluchtursachen

Bernd Krause

Weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. (Quelle: UNHCR Global Trends). Und laut UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees), dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, ist dies die bisher höchste Zahl mit eher zunehmender Tendenz. Die Menschen fliehen vor gewaltsamen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen oder politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung. Hinzu kommen jetzt extreme Naturereignisse, die ebenfalls jede Lebensgrundlage zerstören und Grund zur Flucht sind.

Viele fliehen aber auch aufgrund massiver Diskriminierung und unerträglicher Lebensbedingungen. Nur ein kleiner Teil macht sich auf den Weg nach Europa, 90% werden von Entwicklungsländern aufgenommen (www.bmz.de/webapps/flucht/index). Ist es nicht ein gutes Recht vor menschenunwürdigen und bedrohlichen Lebensbedingungen zu fliehen? Jeder hat das Recht, vor Verfolgung, Krieg, Gewalt, Diskriminierung, Naturkatastrophen u.a. zu fliehen. Was alle flüchtenden Menschen verbindet ist, dass sie ihr gewohntes Leben unter großer Gefahr verlassen und in eine große Ungewissheit fliehen.

Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen wächst

Den größten Anteil an der gegenwärtigen globalen Migration haben Menschen, die eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Gewalt und Chancenlosigkeit zur Flucht bewegt. Sie wollen sich nicht damit abfinden, keine Perspektive für sich und ihre Familien und Kinder zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein.

Unternehmen aus industriell entwickelten Ländern haben ihre Arbeitsplätze in Billiglohnländer des Südens verlagert, wo es kaum Hürden für Arbeits- und Umweltschutz gibt. Das gilt für die Rohstoffgewinnung ebenso wie für die exportorientierte Plantagen-Landwirtschaft. Die Menschen werden dort sehr stark ausgebeutet, die Firmen aber erzielen die hohen Profite für sich. Diese bleiben aber nicht dort, wo sie erwirtschaftet werden, sondern wandern beispielsweise nach Europa. Vom Goldabbau bleiben Ghana 3 %, 97% werden in die Schweiz transferiert. Die künstlich verbilligten landwirtschaftlichen Produkte aus Europa drücken nicht nur die Preise, sie erschweren auch die Entwicklung einer lokalen Agrarindustrie, die mehr Arbeitsplätze schaffen könnte als die reine Landwirtschaft.

Heute besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung die Hälfte des weltweiten Vermögens. Dagegen führen 1,2 Milliarden Menschen einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf. Sie leben von weniger als einem Euro pro Tag. Millionen von ihnen leiden Hunger und versterben (www.medico.de). Jean Ziegler, der frühere Sonderberichterstatter für das Recht

Autor unbekannt.

Dein Christus	*ein Jude*
Dein Auto	*ein Japaner*
Deine Pizza	*italienisch*
Deine Demokratie	*griechisch*
Dein Kaffee	*brasilianisch*
Dein Urlaub	*türkisch*
Deine Zahlen	*arabisch*
Deine Schrift	*lateinisch*
Und dein Nachbar	*nur ein Ausländer*

Mit ihren leichten Booten bleibt senegalesischen Fischern nur das, was industriellen Fischfangschiffen aus Europa und Fernost durch die Maschen geht.

auf Nahrung, erwähnte auf weltweiten Kongressen, "Wenn ein Mensch an Hunger stirbt, kann man von Mord sprechen".

Die politische und wirtschaftliche Dominanz des "Nordens" und auch Europas gegenüber vielen schwächeren Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika wurde durch Handelsabkommen kräftig ausgebaut. Wir sichern uns den Zugriff auf wichtige Rohstoffe und streichen die Gewinne ein, gleichzeitig dienen die Länder des Südens als Absatzmärkte für Produkte aus dem Norden.

Hochsubventioniert (aus Steuermitteln) überschwemmen die Europäer den afrikanischen Markt mit landwirtschaftlichen Produkten. Tomatenmark aus Italien ist in Westafrika durch Subventionen sehr preiswert, während die Tomatenbauern nichts verkaufen können. Ananassaft aus Österreich, produziert aus ghanaischen Ananas in Ungarn, ist im Herkunftsland auch billiger.

Nicht zuletzt verkaufen wir unsere Schlachtabfälle (Hühnerkleinteile) tiefgefroren in Ghana. Die lokalen Bauern können nicht einmal ein Existenzminimum erwirtschaften (www.bit.ly/1b7NLvl). Durch Fischereiabkommen mit unterschiedlichen Staaten Westafrikas (u. a. Senegal) hat die EU die Möglichkeit, viele hunderttausende Tonnen Fisch an den Küsten dieser Staaten zu fangen, während senegalesische Fischer keine Genehmigung bekommen und somit keine Lebensgrundlage haben (www.bit.ly, Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung).

Mitverantwortlich für die Landflucht sind Konzerne, die sich die fruchtbarsten Agrarflächen aneignen. Riesige Plantagen, die oft durch die Abholzung von Regenwäldern entstehen, dienen der Herstellung von Biosprit oder Palmfettprodukten, die wir benötigen, aber nicht die Menschen vor Ort.

Völkerrechts- und Menschheitsverbrechen, deren sich der Westen schuldig machte und weiterhin macht. Der Reichtum des globalen Nordens ist der Grund für die Armut des globalen Südens. Der Freihandel in seiner jetzigen Form ist wenig Anderes als moderner Kolonialismus.

Ohne gravierende Veränderungen werden die Menschen weiterhin aus den genannten Gründen flüchten. Weder Land, Meer, Flüsse, Berge oder Zäune werden sie daran hindern. Selbst der SPD-Vizechef Ralf Stegner sagte kürzlich: "Wir haben humanitäre Verpflichtungen im Mittelmeer".

Schön wäre es, wenn mit Hilfe von europäischem Startkapital in den Entwicklungsländern Farmen und Fabriken aufgebaut werden, die dann nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Export produzieren, durchaus ein Grund sich gegen die Flucht übers Mittelmeer zu entscheiden.

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT STATT G20

Kriege und bewaffnete Konflikte haben in den letzten Jahren zugenommen.
Dabei steigen die Rüstungsausgaben enorm und vor allem die Industrieländer profitieren davon.

Weltweit sind fast 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Hunger und Naturkatastrophen. Der von Menschen verursachte Klimawandel wird zu einer existenziellen Bedrohung für die Menschheit.

Soziale Ungerechtigkeit nimmt weltweit zu. Nur 8 Männer haben mehr Vermögen als 3,5 Milliarden, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Die Verursacher dieser katastrophalen Lage wollen sich am 7. und 8. Juli in Hamburg treffen, angeblich um über die Bekämpfung der Fluchtursachen zu reden. Keines der betroffen Fluchtländer sitzt mit am Tisch.

Sie wollen über Klimawandel und Armut reden, aber sie sind die größten Unterstützer des brutalen Kapitalismus und der Großindustrie, die das Klima zerstört.

Hier stimmt etwas nicht!

Wir wollen dagegen unsere Stimme erheben!

Auf nach Hamburg!

Samstag, 8. Juli 2017

Zugabfahrt zur Demonstration
Treff um 8:45 Uhr am Bremer Hauptbahnhof

Weitere Informationen: www.g20hamburg.org

Gottlof gifft dat noch Flüchtlingsfrünnen in Düütschland

Holger Zantopp

Ik heff mal över en wichtig Fraag nadacht. Wat is de böverste Botschaft vun dat Christentum? Is doch eenfach: Du schasst annere Minschen ünner de Arms griepen, wenn de in de Kniep sünd, wenn de Noot groot is. Op Hoochdüütsch nöömt sik dat "Nächstenliebe".

Avers woso maakt denn Länner as Polen un Ungarn un vele annere Staaten de Schotten för Flüchtlinge dicht? Se sünd doch dor so christlich, oder? Jümmers wedder seggt se dat.
Un Muslime wüllt se rein gor nich hebben! Tüün an Grenzen hoochtotrecken, Flüchtlinge aftowiesen, ahn Utsicht op Asyl pröven, dat hett mit Tohoopstahn in de Europääsch Union nix to doon.

Un woans süht dat in Düütschland ut? Kardinal Reinhard Marx hett de Parteien mit den Bookstaven "C" in´n Namen rüffelt. Afsünnerlich de CSU is vun Marx düchtig bekrittelt worrn. Se dröfft Flüchtlingen nich den Puckel wiesen, hett de Vörsitter vun de kathoolsche Düütsche Bischopskonferenz kloormaakt. De Kardinal is ok dorgegen, in de Debatt üm Flüchtlinge den Ton jümmers scharper to maken.

Gottlof hebbt wi bi dat Hen un Her in de Diskuschoon üm Asylbewarvers ok Gewarkschaftslüüd, Linke un Gröne, de sik för Flüchtlinge insett. Se sünd sachtens to´n Deel nich in de Kark, se treedt avers op as Christen, de de Botschaft vun dat Minschliche verstaht. Ok wenn de Bookstaav "C" nich an´n Vörkopp vun de Lüüd fastbackt is.

Staffelstab-Übergabe bei Arbeit und Leben

Einer der Träger unserer Zeitung ist der Bildungsverein Arbeit und Leben. Anfang des Jahres ist der langjährige Mitarbeiter und Leiter von Arbeit und Leben Willi Derbogen in Rente gegangen. Wir wollen Willi noch einmal für seine Unterstützung unserer Zeitung WIR danken.
Caren Emmenecker, die vor Jahren Arbeit und Leben in Bremerhaven geleitet hatte, ist die neue Geschäftsführerin in Bremen. Wir haben mit beiden über ihre bisherige Tätigkeit, Vorhaben und Zukunftspläne bei Arbeit und Leben gesprochen.

Rückblick auf mehr als 30 Jahre

Einiges bei Arbeit und Leben hast du aufgebaut; was hinterlässt du?

Willi Derbogen: Darauf eine Antwort zu geben, fällt mir nicht leicht. Das, was Arbeit und Leben Bremen heute ausmacht, ist aus dem Engagement, der Motivation und dem Einsatz aller Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich in meiner mehr als 30-jährigen Tätigkeit in der Bildungsvereinigung zusammengearbeitet habe, entstanden. Insofern scheide ich aus einem Arbeitsfeld aus – der politischen Bildung – in dem ich gerne gearbeitet habe, dessen Bedeutung und Notwendigkeit in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung bei gleichzeitig zunehmendem Nationalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Europa für mich klar auf der Hand liegt. Ich verlasse kompetente und motivierte Kolleginnen und Kollegen, mit denen gemeinsam wir Arbeit und Leben Bremen zu einem anerkanntem Träger politischer Bildung in Bremen aufgebaut haben.

Was hat für Dich besondere Bedeutung bei Arbeit und Leben Bremen?

Willi Derbogen: Der Wechsel im Bewusstsein der Menschen über die Veränderung in der Gesellschaft, die Überwindung von Grenzen in Europa, über die eine Welt, von der wir Teil sind und mit deren Entwicklung – positiven wie negativen – wir uns auseinandersetzen müssen, ist ein schwieriger und langwieriger Prozess.

Es hat lange gedauert, bis wir begriffen haben, dass Globalisierung nicht nur eine Einbahnstraße ist, auf der wir produzieren, exportieren, unseren gesellschaftlichen Reichtum mehren und überall hinreisen können, wohin es uns gefällt. Dass die Öffnung der Grenzen auch immer bedeutet, dass Menschen zu uns kommen, um Sicherheit, Arbeit, Auskommen, Bildung und Chancen für sich und ihre Kinder zu suchen, wurde in Deutschland lange ignoriert.

Willi Derbogen

Viele Menschen in unserem Land, aber auch bei unseren europäischen Nachbarn wollten und wollen das nicht akzeptieren. Dass Europa und Deutschland bei all den Krisen und Kriegen um uns herum auch zu einem Fluchtpunkt wird, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist, wurde in der öffentlichen Debatte und im politischen Handeln nicht wahrgenommen oder wollte nicht wahrgenommen werden. Der zunehmende Rechtpopulismus, in Europa und auch in Deutschland, der wachsende Nationalismus mit zunehmend rassistischen Tendenzen werden zur Nagelprobe für unser demokratisches System, nicht nur bei den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen. Das wird auch eine Nagelprobe für die politische Bildung. Wie gehen wir selbst als Einrichtung mit der wachsenden Vielfalt in unserem Alltag, in der Arbeitswelt, dem Bildungssystem, dem Gemeinwesen um?

Wie versucht Arbeit und Leben Bremen mit diesem Diskurswechsel umzugehen?

Willi Derbogen: Wir haben in unserer Arbeit diese Themen aufgegriffen, Vielfalt nicht nur im Angebot, sondern auch in unserer Struktur umgesetzt. Mit einem Mix aus Bildungsangeboten, Beratung und Vernetzung mit Einrichtungen, Initiativen und Communities von zugewanderten Menschen können wir uns auch in Zukunft breit aufstellen. Chancengerechtigkeit in der Arbeitswelt, die Abwehr von Diskriminierung in all ihren Formen steht dabei für uns im Vordergrund. Mit Seminarangeboten bieten wir die Möglichkeit zu Informations- und Meinungsaustausch, in der Beratung hören wir Ratsuchenden zu, versuchen ihre Problemlagen zu klären, sie zu stärken und im Betrieb, am Arbeitsplatz bei der Abwehr von Diskriminierung zu unterstützen. Durch Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Kooperationspartnern aufklären, sensibilisieren, Einstellungen und Rahmenbedingungen verändern.

Arbeit und Leben Bremen ist heute eine Einrichtung, die nicht nur mit ihrem Angebot, sondern auch durch unser Team Vielfalt repräsentiert, ethnisch, sprachlich, kulturell. Ich habe gerade in den letzten Jahren durch die Kolleginnen und Kollegen, die neu hinzugekommen sind, mit denen ich gearbeitet habe, viel dazugelernt, meine Sichtweisen auf unser Arbeitsfeld erweitern können und ich bin mir sicher, dass Arbeit und Leben Bremen auch in den kommenden Jahren ein kompetenter und guter Partner im Feld der politischen Bildung in Bremen sein wird.

ARBEIT UND LEBEN

Caren Emmenecker

Neubeginn bei Arbeit und Leben

Du hast schon mal für Arbeit und Leben gearbeitet. Ist das jetzt ein Neubeginn? Und was möchtest du machen?

Caren Emmenecker: Ein völliger Neubeginn ist es nicht – wie du schon sagst. Aber nach mehr als fünf Jahren Tätigkeit als parlamentarische Geschäftsführerin der Bremer Linksfraktion muss ich mich doch wieder einwühlen. Und die Bedingungen haben sich auch geändert.

Arbeit und Leben Bremen ist gut aufgestellt und bietet ein verbindliches, umfangreiches und – wie ich finde – hochaktuelles Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Geflüchtete und Zugewanderte, Alte und Junge. Das gilt es mit den Kolleginnen und Kollegen sowie mit den Kooperationspartnern aufrechtzuerhalten, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Was sind die wichtigsten Projekte, die du verfolgen wirst?

Caren Emmenecker: Projekte? Arbeit und Leben ist das Gesamtprojekt – in allen Bereichen gilt es mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Handlungsoptionen und Perspektiven für die Bewältigung der umfassenden ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen weiterzuentwickeln. Das gilt für die politische Weiterbildung genauso wie für unsere Angebote für betriebliche Interessenvertretungen und die Beratungen in den Projekten. Zentral bei all unseren Angeboten ist der Ausbau und die Stärkung gesellschaftlicher und demokratischer Mitgestaltung und Beteiligungsmöglichkeiten.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle aber doch das neue Arbeit und Leben Projekt „Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutungen“, kurz: MoBA. „Mobile Beschäftigte“, also Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die kurzfristig in Deutschland arbeiten, sind häufig fatalen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt. Sie werden jetzt in den Gewerkschaftshäusern in Bremen und Bremerhaven sowie vor Ort in arbeitsrechtlichen Fragen beraten. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern die Lage der Betroffenen und Ratsuchenden zu verbessern. In MoBA fließen die Erfahrungen unserer Projekte und Bildungsangebote ein. MoBA bzw. die daraus entstehenden Anforderungen werden umgekehrt all unsere anderen Angebote bereichern.

Weitere Informationen:
www.aulbremen.de

Treffen gewerkschaftlicher SeniorInnen-Gruppen in Bremen

IG Metall Senioren-Arbeitskreis	Jeden 1. Mittwoch im Monat jeweils 9.00 – 12.00 Uhr im DGB-Haus, Tivoli-Saal
ver.di - OV Bremen Gruppe Tarnowsky	Jeden 2. Donnerstag im Monat, jeweils 14.00 – 16.00 Uhr im DGB-Haus, Tivoli-Saal
ver.di - OV Bremen Fachbereiche 9 und 10	Jeden 1. Dienstag im Monat, 15.00 Uhr im DGB-Haus
GEW Bremen	Jeden 2. Dienstag im Monat, 10.00 – 12.00 Uhr jeweils in den Räumen der GEW Bremen
NGG -Seniorengruppe	Jeden 1. Montag im Monat, jeweils um 10.00 Uhr im DGB-Haus, Tivoli-Saal

Impressum

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitkreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen

Druck:
Die Senatorin für Kinder und Bildung

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg (GEW), Detlef Dahlke, Hugo Köser, Hermann Wilkening, Gerd Bohling (IGM), Traudel Kassel, Margot Müller, Günther Wesemann, Bernd Krause, Brigitte Wilkening, Reiner Meissner, Udo Schapals (ver.di)

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben

Leserbrief

zu WIR Nr. 29 - 2016

Da ist euch ein tolles Weihnachtsheft gelungen! Der Weihnachtsbaum auf der Titelseite macht neugierig, mal reinzugucken. Ihr greift aktuelle Themen sehr differenziert auf wie in den beiden Artikeln über Populismus und die AfD, dann die gute Darstellung der Verhältnisse in Griechenland, der anschaulich-berührende Bericht über einen Flüchtling, die interessanten Erfahrungen und Ansichten der beiden Wir-Gründer, der ausführliche Bremer Schlachthofartikel und dann noch das tolle „Weihnachtslied, chemisch gereinigt“ von Kästner – ich bin gespannt auf das nächste Heft!

Viele Grüße, Renate Richter (ver.di, Rentnerin, bis 2010 in der Bundesverwaltung für den Kirchenbereich zuständig)

Aufgeklärt

In Ausgabe 29 hatte sich die Redaktion für eine falsche Bildzeile in WIR Nr. 28 entschuldigen müssen. Nun ist das Rätsel gelöst. Das Foto zeigt rechts Hermann Prüser und links Werner Krüger, nicht Herbert Breidbach.

BREMEN

10:15 Uhr	Treffpunkt: Parkplätze am Weserstadion
10:45 Uhr	Demonstration
12:05 Uhr	Kundgebung auf dem Domshof mit ...
	▪ Annette Düring, DGB-Vorsitzende Bremen
	▪ Susanne Kremer, ver.di, stellv. Landesbezirksleiterin Nieders./Bremen
	▪ Sarah Butte, DGB-Jugend
	▪ Irina Drabkina, Beratungsstelle Antidiskriminierung in der Arbeitswelt
	▪ Alexander Stavenhagen, JAV-Vorsitzender Daimler
13:30 Uhr	1.-Mai-Fest mit Raoky (World / Folk / Reggae / Soul), internationaler Verpflegung und Kinderspielfläche

BREMEN-NORD

10:00 Uhr	Treffpunkt: Jugendberufsagentur/Altes Arbeitsamt
10:30 Uhr	Demonstration mit Spielmannszug
11:00 Uhr	Kundgebung auf dem Sedanplatz mit ...
	▪ Ute Buggeln, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Bremen
	▪ Peter Rehder, ver.di-Vertrauensmann Klinikum Bremen-Nord
im Anschluss	leckere Verpflegung, Infostände und Musik

BREMERHAVEN

10:00 Uhr	Treffpunkt: Gewerkschaftshaus, Hinrich-Schmalfeldt-Straße
	Demonstration
11:00 Uhr	Kundgebung „Große Kirche“, Bremerhaven „Bürger“, mit ...
	▪ Lutz Bock, DGB-Stadtverband Bremerhaven
	▪ Stefan Körzell, DGB-Bundesvorstand, Berlin
	▪ Cafer Isin für die MigrantInnen, Tobias Gase für die Jugend
12:00 Uhr	Maifest vor der „Großen Kirche“, u. a. mit Sail City HEROES